

Der Stadtverordnetenvorsteher

Niederschrift

über die 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, den 15.12.2009 in der Stadthalle Usingen

Sitzungsbeginn: 18:03 Uhr

Sitzungsende: 20:03 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A) Von der Stadtverordnetenversammlung

Drexelius, Dr. Günter Stadtverordnetenvorsteher

Buhlmann, Reiner

Certa, Guido

Fritz, Dieter

Fritz, Reiner

Haase, Andreas

Holzbach, Dr. Christoph ab 18:12 Uhr

Holzbach, Markus

Jaschke, Dieter ab 18:07 Uhr

Kandler, Carmen

Klatt, Dr. Michael

Müller, Helmut

Roth-Peters, Maria

Salguero Grau, Conchita ab 18:07 Uhr

Scheefer, Dr. Hans-Joachim

Schmidt-Winterstein, Dietmar

Schorn, Thomas

Schritt, Yasmine

Seel, Harald

Zorn, Irene

Bertz, Claudia

Döring, Wilhelm

Engländer, Lothar

Exel, Günther

Hahn, Birgit

Hahn, Michael

Harnoth, Reinhold

Schütrumpf, Heinz

Enslin, Ellen

Weinreich, Susanne

Brähler, Gerhard

Tabbert, Ursula ab 18:30 Uhr

Böhringer, Heino

Konieczny, Jürgen

B) Vom Magistrat

Drexelius, Matthias Bürgermeister

Brill, Helmut

Hahn, Raymond

Jack, Werner

Liese, Gerhard Erster Stadtrat, ab 18:10 Uhr

Moser, Dieter ab 18:06 Uhr
Müller, Bernhard
Neubert, Ulrich
Schneider, Leo
Seidenstücker, Gerd ab 19:01 Uhr
Strehlow, Harry

C) Vom Ausländerbeirat

Wagner, Kate ab 18:44 Uhr

D) Vom Seniorenbeirat

Lichtenthäler, Erwin
Saltenberger, Lieselotte

E) Von der Verwaltung

Guth, Michael
Sierra Eifert, Andrea zgl. als Schriftführerin

F) Entschuldigt fehlten

Beilstein, Ilka
Evers, Reiner
Scheidler, Hansjörg

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordnete Enslin bittet, über TOP 11. nicht gemeinsam mit den unter B. vorgesehenen Punkten abzustimmen. Der Tagesordnungspunkt wird bei der Abstimmung auf Rubrik A. vorgezogen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Tagesordnung in der geänderten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift der 23. Sitzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltungen

2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Drexelius berichtet über die geplanten Erschließungsmaßnahmen im Gebiet Eiskaut. Die Gebietszufahrt solle im März 2010 gebaut werden, der Baubeginn für die innere Erschließung sei für Mai vorgesehen, die Fertigstellung für Juli/August. Der Kindergartenneubau sei im Haushalt eingeplant. Für das Brückenbauwerk sowie die Fußwege laufe die Genehmigungsplanung. Das Baurecht hierfür werde ab März 2010 beantragt, so dass diese Maßnahmen Anfang 2011 fertiggestellt seien.

Hinsichtlich der Sperrung der L 3270 in der Weihnachtszeit sei anzumerken, dass diese durch das Amt für Straßen- und Verkehrswesen terminiert worden sei. Auch bei anderer Terminierung sei eine Beeinträchtigung nicht zu vermeiden. Die Verkehrssituation zeige auch, dass die Südtangente einen positiven Einfluss auf die Gesamtsituation Usingens habe. Vor Sperrung der Südtangente sei eine

Zählung der durch die Innenstadt fahrenden LKW's erfolgt, die nun wiederholt werden solle, auch um mit Hilfe dieser Zahlen gegebenenfalls eine LKW-Umleitung realisieren zu können.

Über die Einsparungen durch die Interkommunale Zusammenarbeit werde eine schriftliche Zusammenstellung vorgelegt. Im Bereich Personalwesen, in dem seit fünf Jahren eine Zusammenarbeit erfolge, sei beispielsweise ein Betrag von rd. 100.000 Euro eingespart worden. In den Bereichen Kämmerei, Ordnungsamt, Kasse und Steueramt sei eine Einsparung von rund 55.000 Euro zu verzeichnen. Hierbei müsse man berücksichtigen, dass im Ordnungsamt durch die zusätzliche Einstellung eines vierten Hilfspolizeibeamten die Kosten entsprechend gestiegen seien. So ermögliche man jedoch die gewünschten Kontrollgänge in den Abendstunden zumindest einmal in der Woche.

Für die Realisierung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kindergartens Wernborn habe man Gespräche geführt und entsprechende Angebote vorliegen. Die Stadt werde gegebenenfalls die Fläche für eine Miete zur Verfügung stellen. Allerdings seien bei einem Eigenbetrieb der Anlage deutlich höhere Erlöse zu realisieren. Hier müsse jedoch eine Vollkostenrechnung erstellt werden. Zur Abdeckung von Ertragsausfällen gebe es eine entsprechende Versicherung. Dies alles müsse in die Gesamtbetrachtung einfließen. Wolle man das Vorhaben in Eigenregie umsetzen, müsse ein Betrag von 85.000 Euro mit Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt werden, so dass der HFA nach Vorliegen aller Zahlen über die Frage entscheiden könne, welche Variante man wähle. Da auf längere Sicht mit einem Gewinn aus der Anlage zu rechnen sei, halte er es trotz der Haushaltslage für sinnvoll, diese Investition zu tätigen und stelle den Antrag, diese Mittel einzustellen.

Abschließend bedanke er sich für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2010 bei guter Gesundheit.

4. Fragestunde

4.1 Schriftliche Fragen

Es liegen keine schriftlichen Fragen vor.

4.2 Mündliche Fragen

Auf Frage von Stadtverordneten Konieczny teilt Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius mit, dass der Neujahrsempfang 2010 um 11:00 Uhr beginne.

5. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

Stadtverordneter Helmut Müller berichtet über die Sitzung des HFA am 03.12.2009, dankt den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit, den Mitarbeitern der Verwaltung für die Hilfsbereitschaft und wünscht ein frohes Weihnachtsfest sowie Gesundheit und alles Gute für das neue Jahr.

A. Punkte mit Aussprache

6. Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 inklusive Haushalts sicherungskonzept 2010 sowie Entwurf des Wirtschaftsplanes 2010 der Stadtwerke Usingen

Stadtverordneter Brähler stellt fest, dass der Haushalt hochgradig defizitär sei und sich die Zinsbelastung von ca. 600.000 Euro im Jahr 2009 auf ca. 1 Mio. Euro im Jahr 2010 erhöhe. Auch der Schuldenstand erhöhe sich im Laufe des Jahres 2010 von ca. 10 Mio. Euro auf ca. 16 Mio. Euro, eine Steigerung von 60 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrage dann ca. 1.200 Euro und übertreffe damit erstmals die Nachbarkommune Neu-Anspach. Bei den gegenwärtigen Bedingungen sei die Vorlage eines ausgeglichenen Kommunalhaushaltes nicht möglich, da Faktoren eine Rolle spielten, die nicht in der Zuständigkeit der Kommune lägen. Was seine Fraktion aber vermisse, sei der Ehrgeiz, zumindest die Zunahme des Defizits zu verringern. Ein Hebel zur Begrenzung der Defizite läge im Investitionshaushalt, in dem sich über die Höhe der Kredite die Zinsbelastung im Ergebnishaushalt entscheide. Die hier angesetzte Zinsbelastung von 1 Mio. Euro trage zu einem Drittel des Defizits im Ergebnishaushalt bei. Die Zinsen schnürten von Jahr zu Jahr die Gestaltungsräume der Politik mehr ein, was auch die Bürger in den kommenden Jahren zu spüren bekämen, wenn die Leis-

tungen der Stadt nicht mehr zu den bisherigen Preisen angeboten werden könnten. Der Hebel müsse bei den Investitionen angesetzt werden, um die Zinsbelastung im Griff zu behalten. Dies sei in der bisherigen Diskussion im HFA zum Haushalt nicht geschehen. Allein aus diesen Ausführungen ergebe sich, dass die FDP-Fraktion dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen könne, zumal die Eröffnungsbilanz noch nicht vorliege und die Differenzierung der einzelnen Projekte noch nicht die gewünschte Transparenz aufweise. Natürlich sei der Haushalt in seinen überwiegenden Teilen zwingend und unstrittig. Die Ablehnungsgründe werde er nachfolgend darlegen sowie einige Anträge stellen, die verdeutlichen sollten, was aus Sicht der FDP notwendig sei, um zustimmen zu können. Zuvor wolle er jedoch ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die jederzeit kompetente und ausführliche Beratung danken, vor allem Frau Klingelhöfer.

Der Ergebnishaushalt schließe mit einem Fehlbedarf von 2,77 Mio. Euro ab. Der Finanzhaushalt weise aus, dass der defizitäre Ergebnishaushalt tatsächlich aber zu einem Finanzmittelfehlbedarf in Höhe von 5,39 Mio. Euro führe. Dieser Betrag ergebe sich rechnerisch aus der doppelten Haushaltsführung, die im kaufmännischen Sinne wesentlich aussagekräftiger sei als die frühere Kameralistik. In einem Unternehmen müssten auf der Aktivseite des Haushalts liquidisierbare Vermögenswerte stehen. Der Haushalt jedoch weise nichts aus, was als Sicherheit dienen könne. Der Finanzmittelfehlbedarf sei das eigentliche Problem des Haushalts und weise auf ein weiteres Problem hin, das die Stadt mit zeitlicher Verzögerung einholen werde. Eine im Haushalt vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 6,26 Mio. Euro, zu der das Parlament die Verwaltung im Jahr 2010 ermächtige, treibe die Verschuldung auf 16 Mio. Euro. Die im Haushalt angegebenen gleichbleibenden Verbindlichkeiten von 10 Mio. Euro gingen davon aus, dass in den Jahren 2011, 2012 sowie darauf keine Kredite aufgenommen würden und gäben so ein unrichtiges Bild von der Entwicklung des Haushalts in den Folgejahren. Nicht berücksichtigt seien auch die in der Vergangenheit beschlossenen Kreditermächtigungen, die bisher noch nicht gezogen worden seien. Das erhöhe das Risiko des vorliegenden Haushaltes beträchtlich. Es fehle also die in der Gemeindehaushaltsverordnung zwingend vorgeschriebene Fortschreibung der Kreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Folge sei, dass auch die Angaben der Zinsaufwendungen der folgenden Jahre nicht aussagekräftig seien. Es stimme nicht, dass die Zinsen bei 1 Mio. Euro verharrten. Dies sei insbesondere bei Betrachtung der vorgesehenen Investitionen nicht vorstellbar. Eine solche Haushaltsplanung sei unzulässig und provoziere den Einspruch der Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushaltes. Wie unrealistisch die mittelfristige Finanzplanung sei, zeige der Investitionsplan, der bis 2012 folgende Summen vorsehe: In den Jahren 2009/2010 12 Mio. Euro, die bislang noch nicht gezogen worden seien, im Jahr 2011 7,37 Mio. Euro und im Jahr 2012 3,92 Mio. Euro Finanzierungsbedarf. Dies sei ohne erhebliche Neuverschuldung nicht machbar. Nehme man die noch nicht realisierten Kreditermächtigungen aus den vergangenen Jahren und die im Investitionsplan neu vorgesehenen Projekte zusammen, weise die im Haushalt angegebene Summe für die bisher bereitgestellten und die hier neu beschlossenen Ein- und Auszahlungen bis 2013 einen Betrag von 22 Mio. Euro aus. Das sei die Summe, zu der die Verwaltung bei Beschluss des Haushaltes in der vorliegenden Form ermächtigt werde und sei auf S. 46 des Entwurfs nachzulesen. Die mittelfristige Finanzplanung auf den Seiten 307 ff. müsse entsprechend an die im Finanzplan aufgeführten Investitionen angepasst werden, um den Haushalt beschlussfähig zu machen. Nach Aussage der Verwaltung würden die einzelnen Projekte erst realisiert, wenn sie baureif seien, so dass auch die Kredite erst dann aufgenommen würden und der Haushaltsvollzug in keiner Weise zu solchen Summen führe. Wenn die Verwaltung sage, dass die Verwirklichung nicht in den angegebenen Jahren erfolge, solle man sich mit ihr zusammensetzen, den Investitionsplan durchforsten und an das tatsächlich Machbare anpassen. Hier vermisse er die vom Gesetzgeber vorgesehene Haushaltswahrheit und -klarheit. In Nachbargemeinden sei bei ähnlich schwieriger Lage der HFA gemeinsam mit der Verwaltung in eintägige Klausurberatungen eingetreten, während der Haushalt in Usingen in einer zweistündigen Sitzung des HFA beraten worden sei.

Ein weiteres Problem, mit dem man sich in diesem Jahr erstmals befassen müsse, sei zu benennen. Betrachte man die Zahlen des Finanzhaushaltes, könne nicht ausgeschlossen werden, dass Usingen im Jahr 2010, spätestens im Jahr 2011, in Liquiditätsschwierigkeiten gerate. Man müsse davon ausgehen, dass aus dem Jahr 2009 ein Finanzmittelfehlbestand in den Januar 2010 zu übertragen sei. Der Haushalt 2010 gehe von einem Finanzmittelfehlbestand in Höhe von 5,4 Mio. Euro aus. Der Kassenkredit betrage aber nur 5 Mio. Euro. Selbst wenn bei geschicktem Haushaltsvollzug die Lage noch gesteuert werden könne, würden 2010 alle liquiden Mittel mindestens stark angespannt, so dass man 2011 in echte Liquiditätsprobleme komme. Spätestens dann stelle sich die Frage, ob die

Stadt ihre Leistungen für die Bürger noch zu den bisherigen Preisen anbieten könne. Ob ein solcher Haushalt bei der Kommunalaufsicht genehmigungsfähig sei, sei die Frage bis zum Sommer des kommenden Jahres. Das beigefügte Haushaltskonsolidierungskonzept enthalte zudem keinen ernsthaften Gedanken, der über den bisherigen Plan einer kommunalen Zusammenarbeit hinausgehe. Er stelle abschließend fest, dass die mittelfristige Finanzplanung unvollständig sei. Eine Einschätzung der Auswirkungen des Haushaltes auf die Folgejahre sei nicht möglich, das Haushaltskonsolidierungskonzept enthalte keine wirksamen Ansätze, der Finanzmittelfehlbetrag führe in ernsthafte Liquiditätsprobleme. Es bestehe die Gefahr, dass der Kassenkredit im Jahr 2011 die Liquidität nicht mehr sicherstelle. Hieraus ergebe sich, dass der Haushalt in der vorliegenden Form nicht beschlussfähig sei. Er stelle daher folgenden Antrag:

“Der Haushaltsentwurf wird zur erneuten Beratung in den HFA zurückverwiesen. Der HFA wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung insbesondere das Investitionsprogramm zu überarbeiten, um im Sinne der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit das Investitionsprogramm an die Finanzierungsmöglichkeiten und bautechnischen Umsetzungsmöglichkeiten anzupassen. Der HFA wird darüber hinaus beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung die mittelfristige Finanzplanung zu überarbeiten und den tatsächlich zu erwartenden Gegebenheiten anzupassen.“

Er bitte, auf diese Überlegungen einzugehen, um in einem weiteren Arbeitsprozess bei einer Überarbeitung und Durchforstung des Haushaltes zur Begrenzung der immensen Steigerung der Zinsen zu einem Konsens zu kommen.

Stadtverordneter Konieczny erläutert, dass nach seiner Auffassung die Grundsätze der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zumindest auf einen Teil der im Haushalt veranschlagten Maßnahmen nicht zutreffen. Man könne voraussagen, dass beispielsweise am Neuen Marktplatz im Jahr 2010 keine Straßenbaumaßnahmen ausgeführt würden, die mit einem Betrag von 1,3 Mio. Euro den Haushalt belasteten. Der Zuschuss von 300.000 Euro an den Hochtaunuskreis für die Sanierung des ehemaligen Landratsamtes werde bei der angespannten Haushaltssituation des Kreises 2010 mit Sicherheit nicht wirksam. Der Endausbau der Zufahrt des Kindergartens Eiskaut werde frühestens im Jahr 2011 anstehen. Diese drei Beispiele machten bereits einen Betrag von 1,7 Mio. Euro aus. Die im HFA getätigte Aussage, diese Maßnahmen seien eingestellt, falls etwas benötigt werde, zeige, dass mit der Realisierung nicht wirklich gerechnet werde. Man gaukele sich Investitionen vor und blähe den Haushalt unnötig auf. Damit erübrige sich auch, über eine Neuverschuldung im Jahr 2010 zu debattieren, da dies nur hypothetisch sein könne. Die Möglichkeit, notwendige Maßnahmen zu gegebener Zeit über einen Nachtrag haushaltsrechtlich abzusichern, spiele in den Überlegungen offensichtlich keine Rolle.

Zweifel seien auch bei dem Ansatz für den Neubau der Stadthalle angebracht. Der von allen Fraktionen gewollte Arbeitskreis für die Erarbeitung des Raumkonzeptes habe am 30.06.2009 zum letzten Mal getagt und sich einvernehmlich auf eine Lösung geeinigt. Wenn man dann in den Fraktionen zu dem Ergebnis komme, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, hätte bereits im Juli über Änderungen diskutiert werden können. So werde man nun 2010 ein neues Raumprogramm festlegen, also wieder neu beginnen müssen. Der Ergebnishaushalt finde die Zustimmung der FWG-Fraktion. Die im HFA beschlossenen Anträge, zusätzliche Mittel beispielsweise für den Ausländerbeirat einzustellen, die Einrichtung eines auf ein Jahr befristeten Stadtladens sowie Mittel für die vorbereitenden Maßnahmen für die Dorferneuerung Merzhausen fänden die Unterstützung der Fraktion. Die Kritik an dem Zahlenwerk des Finanzhaushaltes bezögen sich nicht auf die Maßnahmen an sich. Seine Fraktion werde dem Finanzhaushalt zustimmen, da sie die hierin enthaltenen Projekte, unabhängig von der zeitlichen Abwicklung, für notwendig erachteten. Prestigeobjekte seien im Haushalt nicht zu finden. Der maßvolle Wunschkatalog der Ortsbeiräte sei im HFA sondiert, in entsprechenden Anträgen zur Abstimmung gestellt und auch mit der Stimme der FWG-Fraktion beschlossen worden. Die FWG-Fraktion werde dem Haushalt in seiner Gesamtheit zustimmen. Abschließend danke er dem Magistrat und der Verwaltung für die zeitige Vorlage des Haushaltes. Dem scheidenden Bürgermeister wünsche er einen guten Start in seinem neuen Wirkungskreis sowie allen Anwesenden ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen gesunden Rutsch ins Jahr 2010.

Stadtverordnete Enslin stellt fest, dass sich bei den Haushaltsberatungen in den Kommunen finanztechnisch ein desaströses Bild darbiete. Haushaltsentwürfe würden mit Millionendefiziten vorgelegt, da die Wirtschaftskrise zu enormen Steuerausfällen führe. Entfalte das Wachstumsbeschleunigungsgesetz seine volle Jahreswirkung, müssten die hessischen Kommunen weitere ca. 150 Mio. Mindereinnahmen bei den Steuern verkraften. Auch die Verteilungsmasse im kommunalen Finanz-

ausgleich werde geringer ausfallen. Vor diesem Hintergrund müsse man den jetzigen Haushalt betrachten. Der vorgelegte Ergebnishaushalt 2010 werde ein Defizit von ca. 3,3 Mio. Euro haben. Man werde um eine grundlegende Diskussion über die zukünftigen Haushalte nicht herumkommen, ob man jährliche Verschuldungen als „Naturgesetz“ hinnehmen wolle oder ob man in diesen schwierigen Zeiten seiner Verantwortung gerecht werden und nach Wegen suchen wolle, die Verschuldung abzutragen, um künftigen Generationen finanziell noch Handlungsmöglichkeiten zu lassen. Es sei nicht ausreichend, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, das sich auf einige Einsparpotentiale, beispielweise bei Kopierkosten, beziehe. Auch auf die Interkommunale Zusammenarbeit könne nicht immer verwiesen werden, zumal die Effekte bereits in den Haushalt eingeflossen seien. Der Hinweis auf Schleichenbach II und dass hier künftig Steuereinnahmen fließen würden, müsse ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Nach einer aktuellen Studie generierten Neubaugebiete, auch Gewerbegebiete, keine neuen Einnahmen, sondern belasteten eine Kommune zusätzlich. Auffällig sei, dass sich das Haushaltssicherungskonzept von dem des Jahres 2009 trotz der grundsätzlich geänderten Wirtschaftssituation nur unwesentlich unterscheide und teilweise dieselben Beträge aufweise. Bedauerlich sei, dass in der öffentlichen Diskussion jeder Versuch, eventuelle Sparpotentiale auch nur zu benennen, im Keim erstickt werde. Defizitdiskussionen seien schon häufiger geführt worden, leider seien auch bereits früher Vorschläge nicht ernsthaft verfolgt worden. So habe man es nicht geschafft, wertvolle Strukturen nachhaltig zu sichern. Natürlich seien auch in diesem Haushalt Positionen zu finden, die hinterfragt werden müssten. Die termingerechte Vorlage des Haushaltsvollzugsberichtes sei wünschenswert gewesen, da man zum jetzigen Zeitpunkt bei vielen Projekten nicht wisse, in welcher Umsetzungsphase sie sich befänden. Auch die Kritikpunkte des vergangenen Jahres seien nicht beachtet worden, so dass erneut alle Kindergärten als Gesamposition bewertet worden seien, ohne dass Rückschlüsse auf einzelne Einrichtungen gezogen werden könnten. Die heute vorgelegte grobe Darstellung sei zu spät, so dass sie anrege, sich an der Präsentation des Hochtaunuskreises zu orientieren. Dies sei wichtig, um die städtischen Einrichtungen untereinander vergleichen und von den besten lernen zu können. Weil hier der größte Kostenfaktor für Usingen liege, aber auch weil man besondere Verantwortung für die Zukunft in der Gesellschaft trage, fordere ihre Fraktion für die Zukunft mehr Information. Gleiches gelte für die städtischen Gebäude, da die Kosten nicht den einzelnen Objekten zugeordnet werden könnten. Weder könne man geplante Einsparungen im Energiebereich prüfen noch Vergleiche anstellen, obwohl bereits im vergangenen Haushaltssicherungskonzept auf Einsparpotentiale durch den Energieberater hingewiesen worden sei. Die kurze Beratungsdauer des Haushalts finde sie ebenfalls bedauerlich, da ein tieferes Einsteigen nicht möglich gewesen sei.

Bei dem Anstieg der Personalkosten kritisiere ihre Fraktion wie bereits im vergangenen Jahr den Bereich Wirtschaftsförderung. Sie habe festgestellt, dass im Vergleich 2009 zu 2010 ein Anstieg von 90.000 Euro auf 170.0000 Euro vorliege. Auch sei das Budget für Stadtmarketing mit 50.000 Euro üppig bemessen. Leider liege keine Kontrolle über die erfolgreiche Arbeit des letzten Jahres vor. Als Produktziel sei genannt, den Leerständen in der Innenstadt begegnen zu wollen. Wenn dann aber ein Antrag vorliege, dass die Stadt Usingen für die Anmietung eines Stadtladens zusätzliche 15.000 Euro einstellen wolle, müsse man überlegen, ob diese Punkte miteinander vereinbar seien. Bei den Kosten für den Weihnachtsmarkt sei ihre Fraktion der Meinung, dass Einsparungen von ca. 5.000 Euro realisierbar seien. Es sei wünschenswert, dass Usingen, wie andere Kommunen, hier in eine Diskussion einsteige. Weiter sei ihrer Fraktion aufgefallen, dass eine Blitzanlage für 24.500 Euro angemietet werden solle, während der Kaufpreis 83.000 Euro betrage. Dieser Ankauf solle überlegt werden, um die Anlage entsprechend einsetzen zu können. Bei einem Vergleich des Investitionsprogrammes zum Vorjahr falle auf, dass man bei der Stadthalle nicht weitergekommen sei, selbst wenn der Bürgermeister hierfür die Verantwortlichen der letzten Legislaturperiode in Haftung nehmen wolle. Auch wenn ihre Fraktion den damaligen Prozess nicht mitgetragen habe, habe sie eine Chance gesehen, den Neuen Marktplatz mit interessierten Investoren zu gestalten. Eine erneute Diskussion über die Raumplanung und -gestaltung bedeute nun, dass für das Jahr 2010 nicht mehr als die Planungskosten bereitgestellt werden müssten. Ihre Fraktion stehe zu der Stadthalle, allerdings zu einer, die man sich leisten könne. Die Folgekosten seien ebenfalls zu bedenken. Sie bitte die CDU-Fraktion um Auskunft, wie die weitere Planung zum Neuen Marktplatz aussehe, ob weiter das Konzept der unterschiedlichen Module verfolgt werde oder ob es ein neues Konzept gebe.

Der Ausblick in der mittelfristigen Ergebnisplanung und der Finanzplanung zeige die Schwachstellen auf. Diese seien nach Meinung ihrer Fraktion mehr als optimistisch, da selbst für die Jahre 2011 und

2012 mit Defiziten im Ergebnishaushalt zu rechnen sei, wobei die Abschreibung und Zinsen für die im Investitionsprogramm enthaltenen neuen Projekte hier noch nicht angepasst seien. Hinzu komme, dass im Schuldenstand von 10,5 Mio. Euro die zusätzlichen neuen Kredite noch nicht eingerechnet seien. Sie gebe zu bedenken, dass eine Liste der zu übertragenden Haushaltsausgabeposten ebenfalls noch fehle, um einen Überblick zu erhalten, welche Investitionen noch anstehen. Die zukünftigen Belastungen der Abschreibungen, Zinsen und Tilgungen seien aus den laufenden Haushalten zu erbringen. Selbst bei einem ausgeglichenen Haushalt müsse über eine Strukturänderung im Haushalt geredet werden, damit diese Ausgabeposten erbracht werden könnten. Hier seien konkrete Produktziele wichtig, um entscheiden zu können, wie und mit wem sie zu erreichen seien. Die CDU-Fraktion müsse Farbe bekennen, wo sie Prioritäten setzen und wie sie dies langfristig bezahlen wolle. Es nutze nichts, mit dem Finger auf Berlin oder Wiesbaden zu zeigen, auch in Usingen sei die Lösung der Probleme notwendig. Das Investitionsprogramm müsse auf Realisierungsmöglichkeiten in 2010 überprüft werden, so dass sie den Vorschlag der FDP-Fraktion begrüße, den Haushalt noch einmal an die Verwaltung zu geben. Ihre Fraktion habe für einzelne Bereiche Änderungsanträge, beispielsweise im Bereich Gebäudemanagement bei Konto 13 eine Reduzierung der Ausgaben auf 1,2 Mio. Euro. Bei dem Teilergebnishaushalt Produktgruppe 12202, Sicherung öffentl. Verkehr, wolle man bei der Einnahme den Vorjahresansatz von 168.550 Euro erreichen, bei dem Teilergebnishaushalt Wirtschaft/Stadtmarketing wolle man ebenfalls die Vorjahresansätze von 90.375 Euro und 89.800 Euro übernehmen. Beim Investitionsprogramm wolle man für die Stadthalle im Jahr 2010 lediglich die Planungskosten einstellen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem Haushalt ohne weitere Beratung nicht zustimmen.

Stadtverordnete Birgit Hahn erläutert, dass die Wirtschaftskrise Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen, gesellschaftlichen und privaten Lebens habe. Die Folgen für die öffentlichen Haushalte seien erst im kommenden Jahr zu spüren. Einbußen bei Gewerbe- und Einkommensteuer seien ebenso zu erwarten wie Auswirkungen der Entscheidungen des Bundestages und des Hessischen Landtages. Für die Kommunen bleibe zu hoffen, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht vom Bundesrat mitgetragen werde, auch wenn dies nur geringe Auswirkungen auf den Haushalt habe. Der vorliegende Haushalt weise ein Defizit von 3,335 Mio. Euro auf. Das Haushaltssicherungskonzept sei kein solches, sondern ein Erklärungsversuch, warum der Haushalt auch künftig nicht auszugleichen sei. Eingebracht worden sei der Haushalt mit einem Defizit von rd. 2,7 Mio. Euro. Nun liege man, ohne Berücksichtigung der im HFA gestellten Anträge, bei einem Minus von rd. 3,33 Mio. Euro. Besonders deutlich sei die Erhöhung der Verschuldung, die bei Umsetzung aller im Haushalt stehenden Maßnahmen bei weit über 1.000 Euro pro Einwohner läge. Rechne man noch den Bau der Stadthalle hinzu, bewege man sich bei einer Pro-Kopf-Verschuldung jenseits von 2.000 Euro. Ende 2010 sei ein Großteil wichtiger Projekte wie das Bürgerhausprogramm und das Friedhofskonzept fast beendet. Bei zukünftigen Investitionen müsse man sich auf das Unabdingbare beschränken.

Die Abgeordneten hätten sich im Laufe eines Monats mit Tischvorlagen und kurzfristig eingereichten Unterlagen befassen müssen, die eine abschließende Beurteilung bis heute erschwerten. Hier verweise sie auf die bisherigen Äußerungen zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Trotz Verbesserungen gegenüber dem Entwurf des Vorjahres sehe man noch Optimierungsbedarf in den Erklärungen für Einnahme- und Ausgabeansätze. Man wünsche sich eine Ausarbeitung, die ohne Erklärungen der Fachleute in Sitzungen oder bei telefonischen Nachfragen verständlich sei. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit bedeute auch, in den Ansätzen für Investitionen und Ausgaben des Ergebnishaushaltes die klare Linie der Entwicklung für die Stadt Usingen zu verdeutlichen. Es stelle sich die Frage, warum 1,3 Mio. Euro für den Straßenbau Neuer Marktplatz eingestellt seien, wenn noch nicht einmal klar sei, was in welchem Umfang dort erstellt werden solle. Diese Maßnahme werde voraussichtlich erst im Jahr 2011 erfolgen, sicher aber nicht in 2010, so dass man diesen Ansatz auf 100.000 Euro für Planungskosten reduzieren könne. Die Stadthalle auf dem Schorn-Gelände besitze für die SPD-Fraktion seit Jahren eine hohe Priorität. Im Zusammenhang mit dem gesamten Areal Neuer Marktplatz sei sie ein zentraler Teil gewesen, der in allen Planungsschritten Bestand besessen habe. Festzuhalten sei, dass der Bürgermeister die Entscheidung des Parlaments aus der letzten Legislaturperiode zum Konzept Neuer Marktplatz ignoriert habe. Nach der Kommunalwahl habe die CDU-Mehrheit beschlossen, die Umsetzung der damaligen Entscheidung auszusetzen. Letztlich habe der Verkauf der alten Stadthalle an den Kreis unter der Option stattgefunden, diese noch 8 Jahre nutzen zu können. Die SPD-Fraktion habe dann im Sommer des ver-

gangenen Jahres das Thema aufgegriffen und mit Vereinen über das notwendige Raumkonzept gesprochen. Im November letzten Jahres habe sich ein interfraktioneller Arbeitskreis gebildet, wofür den Herren Schmidt-Winterstein und Buhlmann zu danken sei. Dieser habe jedoch zuletzt am 30.06. getagt. Wenn die SPD-Fraktion nun aufgefordert werde mitzuteilen, was sie bereit sei, für die neue Halle auszugeben, habe sie hierzu keine offizielle Anfrage der Verwaltung vorliegen. Vielmehr sei dem Protokoll des Arbeitskreises zu entnehmen, dass die Verwaltung die weitere Bearbeitung der Planung beauftragen solle, um durch eine vertiefte Kostenberechnung die Baukosten detaillierter zu ermitteln. Auf der Grundlage der Entwurfsplanung und der vertieften Kostenberechnung solle eine Bau- und Finanzierungsvorlage erstellt werden, die den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt werden und auch als Grundlage für die Beratung des Haushaltes 2010 dienen solle. Die SPD-Fraktion wolle die neue Stadthalle und halte sie für notwendig, um die Attraktivität Usingens zu steigern und um vielfältigen Angeboten Raum zu schaffen. Eine kleine Lösung für 5 oder 6 Mio. Euro lehne die SPD-Fraktion ab, da dieser Preis für eine Halle, die ausschließlich von Vereinen genutzt werden könne, zu teuer sei. Eine Halle, die mindestens das leisten könne wie die bisherige, sei für einen kleinen Preis nicht zu haben. Sie müsse vermarktet werden, um Tagungen und externe Veranstaltungen stattfinden zu lassen und so Einnahmen zu erzielen. Um entscheiden zu können, was einem diese Halle Wert sei, fehlten jedoch noch Informationen. Weder seien Energiefragen ausreichend geklärt, noch wisse man, welche Finanzierungsform die günstigste und, damit zusammenhängend, welche Betriebsform die richtige sei. Eine Investition in regenerative Energieformen bedeute zwar günstigere Betriebskosten, erhöhe aber die Baukosten. Ein erheblicher Teil der Stadthalle solle durch Eigenkapital finanziert werden, zum Beispiel aus Mitteln aus dem Verkauf des Grundstückes am Neuen Marktplatz und aus eigenen Finanzmitteln. Die Stadthalle sei in den nächsten Jahren der Investitionsschwerpunkt, so dass andere wünschenswerte, aber nicht unbedingt notwendige, Dinge zurückstehen müssten. Weiter sei zu entscheiden, ob die Stadthalle in eigener Regie oder durch eine externe Agentur vermarktet werden solle. Hierfür solle man aus den umliegenden Kommunen entsprechende Fachkenntnis einholen. Die CDU-Fraktion wolle das Raumkonzept gegebenenfalls reduzieren und Aktivitäten auslagern. Allerdings seien außer durch die Formation des Tanzsportclubs sowie kleinen Sportangeboten für Senioren keine sportlichen Aktivitäten in den Vormittagsstunden geplant. Die SPD lege sich derzeit auf keine bestimmte Summe fest. Sie wolle multifunktional nutzbare Räume, eine über das Usinger Land hinaus als Veranstaltungsort vermarktbar Halle in einer energetisch sinnvollen Bauweise. Weiter halte die Fraktion es für unverzichtbar, nach Klärung aller offenen Fragen die Bürgerinnen und Bürger zu informieren, da auch Projekte dieser Größenordnung durch Steuergelder finanziert seien. Die SPD-Fraktion beantrage daher zu diesem Thema im Investitionsprogramm die Streichung von 1,2 Mio. Euro für den Straßenbau Neuer Marktplatz.

Für die Sanierung des alten Landratsamtes stünden insgesamt 630.000 Euro im Investitionsprogramm, hiervon 300.000 Euro im Jahr 2010. Seit Vorstellung des Nutzungskonzeptes durch den Kreis vor eineinhalb Jahren seien keine neuen Entwicklungen zu verzeichnen gewesen. Bei Ansicht des Kreishaushaltes mit knapp 10 Mio. Euro Defizit sei klar, dass allein aus diesem Grund hier in den nächsten Jahren nichts geschehe, zumal das angedachte Nutzungskonzept nicht umsetzbar sei. Daher stelle sich die Frage, warum Usingen bereits jetzt die Mittel einstellen und somit für Jahre binden solle. Wenn dagegen der Kreis, gegebenenfalls sogar noch im Jahr 2010, entscheide, das Ensemble an Investoren zu verkaufen und die Stadt, mit einer Investition einzusteigen, bestehe noch immer die Möglichkeit, entsprechende Mittel für den Haushalt 2011 einzustellen, zumal aus dem Jahr 2009 noch 330.000 Euro bereitstünden. Gleichzeitig biete sich die Gelegenheit, über eine grundsätzliche Deckelung des Zuschussbetrages zu diskutieren, da der Bürgermeister dem Landrat eine 10 %ige Übernahme der Sanierungskosten zugesagt habe, die im Ernstfall deutlich höher liegen könnten. Die SPD wolle, dass mit dem alten Landratsamt etwas geschehe, allerdings solle es erst Klarheit über ein sinnvolles Konzept und dessen Realisierung geben.

Ein weiterer Punkt seien die eingeplanten 15.000 Euro für die Einrichtung eines Stadtladens für maximal ein Jahr auf Probe. Es stelle sich die Frage, womit irgendwo angemietete Räume eingerichtet werden sollten. Es gebe zwar die Idee, in einem Schaufenster digital auf Veranstaltungen hinzuweisen. In einer Zeit mit schwindenden Einnahmen und kaum reduzierbaren Ausgaben sei eine derartige Aufwendung aber nicht nachvollziehbar. Es gebe im Zentrum das Rathaus mit Bürgerbüro und Wirtschaftsförderung. Es sei für niemanden unzumutbar, zum Rathaus zu gehen, um dort das zu erledigen oder zu erfahren, was diese Stellen genauso gut auch im Rathaus bedienen könnten. Statt dieser Mittel beantrage die SPD-Fraktion die Bereitstellung von 3.000 Euro für den Kindergar-

ten Eschbach, um dort den ersten Musikkindergarten Hessens realisieren zu können. Weitere 3.000 Euro sollten durch Sponsoren finanziert werden, da hierfür insgesamt 6.000 Euro notwendig seien. Es handele sich um elementare Musikerziehung für jedes Kind, unabhängig von seiner Begabung. Die Erzieherinnen würden in Zusammenarbeit mit dem Institut für elementare Musikerziehung in Mainz und einer Musikschule entsprechend ausgebildet. Das Institut werde hierbei wöchentlich im Kindergarten tätig. Das Projekt sei auf ein Jahr begrenzt, im Anschluss sei die weitere Umsetzung eigenständig durch die Erzieherinnen möglich.

Weiter beantrage sie die Streichung der eingestellten 75.000 Euro für den Abriss und den Neubau des Brunnens im Schlossgarten, der keine oberste Priorität habe. Bei Besserung der Finanzlage könne Abhilfe geschaffen werden. Zuvor jedoch seien die Bürgerhäuser in Merzhausen und Wernborn zu sanieren, was Mittel binde.

Bei Streichung aller beantragten Punkte lasse sich das Defizit um die Hälfte auf 1,7 Mio. Euro reduzieren. Auch wenn Ausgaben aus dem Investitionsprogramm nicht unbedingt kreditwirksam werden müssten, könnten diese Summen zu Schwierigkeiten bei der Haushaltsgenehmigung führen. Darüber hinaus seien nur minimale Einsparungen bei den freiwilligen Ausgaben, gegebenenfalls noch bei den Ausgaben für Verbrauchsmaterialien und Beschaffung, EDV oder ähnlichem möglich. Von einer Haushaltssperre wolle man absehen, um die Vereine und andere Organisationen nicht zu demotivieren. Die Verwaltung werde eindringlich gebeten, weiter jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. Dem Antrag von Stadtverordneten Brähler auf Rückverweis des Haushaltes könne sich ihre Fraktion anschließen. Sollte dies, ebenso wie die von ihrer Fraktion beantragten Änderungen, keine Zustimmung finden, werde ihre Fraktion nur dem Stellenplan sowie dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke mit allen Bestandteilen zustimmen, aber die übrigen Bestandteile des Haushaltes ablehnen. Abschließend danke sie im Namen der SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit sowie ihr stets zuvorkommendes und dienstleistungsorientiertes Auftreten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Sie wünsche allen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Stadtverordneter Dr. Holzbach führt aus, dass die CDU-Fraktion sich intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt und Anträge hierzu eingebracht habe, so dass sie ihn in der vorliegenden Form mittragen werde. Dies sei allen Fraktionen möglich gewesen, so dass ein Rückverweis an den HFA nicht erforderlich sei. Bei diesen Ausführungen fehle ihm der klare Antrag, im Investitionsprogramm dieses oder jenes zu streichen. Im HFA habe man die Zeit gehabt, den Entwurf zu diskutieren. Auch sei vor zwei Jahren der Wunsch anderer Fraktionen, eine weitere Sitzung des HFA zur Beratung des Haushaltes einzuplanen, mitgetragen worden. Dieser Wunsch sei in diesem Jahr nicht geäußert worden. Zudem sei es parlamentarischer Brauch, Änderungsanträge bereits in der Beratung des HFA einzubringen, so dass die Möglichkeit bestehe, sie gegebenenfalls auch interfraktionell zu beraten. Lediglich der FDP-Fraktion sei dies nicht möglich, da sie im Ausschuss kein Antragsrecht habe.

Der vorliegende Haushalt mache die aktuelle wirtschaftlich schwierige Situation deutlich. Zuerst aber danke er dem Bürgermeister Drexelius und seinem Team, dass rechtzeitig ein Haushalt präsentiert werde, der den schwierigen Rahmenbedingungen ebenso gerecht werde wie der erforderlichen Entwicklung Usingens. Diese werde zwar durch die Wirtschaftssituation beschränkt, dürfe aber nicht zum Stillstand kommen. Auch für die hervorragend gemeisterte Umstellung der Kameralistik auf die Doppik unter den damit verbundenen Belastungen sei zu danken. Der vorliegende Haushalt weise ein erhebliches Defizit von 3,35 Mio. Euro aus. Er gehe nach den bisherigen Erfahrungen jedoch davon aus, dass sich dieses nicht in voller Höhe realisieren werde. Hier stelle sich die Frage nach der Zusammensetzung des Defizits und der Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Zum einen sei die verfehlte Finanzierung der kommunalen Bedürfnisse durch die Bundes- und Landespolitik zu nennen, die den Kommunen immer neue Aufgaben aufbürdeten, ohne zum Ausgleich die Möglichkeit der Finanzierung dieser Aufgaben einzuräumen. Dies führe zu einer Finanzsituation, aus der eine Befreiung aus eigener Kraft nicht mehr möglich scheine. Die über die Köpfe der Kommunen verhandelten Lohn- und Gehaltssteigerungen, alleine bei Erzieherinnen und Erziehern, führten in 2010 zu einer Personalkostensteigerung um fast 500.000 Euro. Hinzu komme, dass nach einer neuen Mitteilung der Kommunale Finanzausgleich um 400 Mio. Euro gekürzt werden solle. Häufig werde der Eindruck erweckt, dass das Haushaltsdefizit im Wesentlichen durch Investitionen der Stadt oder zum Teil durch Prestigeobjekte herbeigeführt werde. Dagegen zahle die Stadt im Jahr 2010 6,75 Mio. Euro als Kreis- und Schulumlage an den Kreis trotz sinkender Einnahmen aus der

Einkommens- und Umsatzsteuer. Allein im Bereich der Einkommensteuer gehe man davon aus, dass diese 2010 um 1,55 Mio. Euro geringer ausfallen werde. Bei dem größten Teil der Ausgabepositionen handele es sich nicht um freiwillige Leistungen, die eingespart werden könnten. Es handele sich um Pflichtausgaben der Kommunen oder um durch Bund und Land zugewiesene Aufgaben. So sei die Kinderbetreuung mit den gestalteten Änderungen bis zur Kleinkindbetreuung zur Pflichtaufgabe der Kommune geworden, die im Jahr 2010 zu einem Defizit von mehr als 1,5 Mio. Euro führe. Dies könne man lediglich durch eine dramatische Gebührenerhöhung in den Griff bekommen. Es sei jedoch, über alle Fraktionsgrenzen hinweg, politischer Wille, von einer Gebührenerhöhung bis zur Kostendeckung abzusehen. Auch zahlreiche andere Positionen könnten kaum verändert werden. So sei die Unterhaltung städtischer Gebäude eine Aufgabe, der man sich nicht entziehen könne. Die von der Stadt für den Neubau von Hallen an den Kreis gezahlten Zuschüsse, damit die von den Schulen gebauten Hallen auch von den Vereinen Usingens genutzt werden können, seien somit Teil einer indirekten Vereinsförderung. So leisteten die Politiker einen erheblichen Beitrag, die Vielfalt des Angebotes für die Bürgerinnen und Bürger Usingens zu erhalten und das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen.

Der Haushaltsansatz von 420.000 Euro für den erforderlichen Neubau der Fußgänger- und Radwegbrücke für den Anschluss von Schleichenbach II an die Blücherstraße sei ebenso unerlässlich wie weitere Positionen für Straßenneubau, -erhaltung und -ausbau in anderen Bereichen. Weitere Ausgabepositionen wie Brandschutzdienstleistungen mit 275.000 Euro, Bereitstellungen für Verkehrsanlagen und Verkehrswege mit 1,14 Mio. Euro, Straßenreinigung und Winterdienst mit 125.000 Euro, Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen mit rd. 300.000 Euro oder das Friedhofs- und Bestattungswesen mit 267.000 Euro seien sicherlich ebenso wenig reduzierbar. Auch wenn nach seinen Informationen in diesem Bereich eine Nachbarkommune eine kostendeckende Gebührenerhebung erwäge, sei dies nach seiner Auffassung in Usingen aktuell politisch nicht gewünscht. Eine hohe Ausgabeposition sei der vorgesehene Zuschuss zur Sanierung des Landratsamtes, wobei die CDU-Fraktion von einem Sanierungsbeginn im kommenden Jahr ausgehe. Seitens der Stadt solle mit der Etatisierung die Voraussetzung für die tatsächliche Realisierung geschaffen werden. Die Sanierung des Gebäudes, das ein Schmuckstück Usingens sei, sowie ein interessantes Nutzungskonzept bildeten einen weiteren Schritt zur Aufwertung der Innenstadt ebenso wie die gewollte Umgestaltung des alten Marktplatzes, deren Planung nahezu abgeschlossen sei. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage sei die CDU-Fraktion einig, dass es nicht zu einem Stillstand in Usingen kommen dürfe. Zudem gelte, dass Stillstand auch ein Rückschritt sei, der eine Kommune anschließend stärker belastete. Dies habe der in der letzten Legislaturperiode gefasste Beschluss gezeigt, auf der Basis von Sparmaßnahmen die Unterhaltung städtischer Gebäude nahezu einzustellen. Dieser Umstand belastete die Stadt heute über Gebühr.

Diesen Fehler wolle die CDU-Fraktion im Hinblick auf die neue Stadthalle nicht machen, auch wenn klar sei, dass man nicht so weit sei, wie gewünscht. Dennoch sei anzumerken, dass ein funktionierendes Konzept für den Neubau einer Stadthalle mit schriftlichen Zusagen von Unternehmen, die mit vorvereinbarten Bedingungen und Miethöhen Flächen für die Ausübung ihrer Tätigkeit anmieten wollten, nach Auffassung der CDU-Fraktion bewusst torpediert worden sei, um im damaligen Bürgermeisterwahlkampf möglicherweise einen eigenen Kandidaten zu stellen. Zu dem zitierten Arbeitskreis sei anzumerken, dass dieser kommunalrechtlich keine Kompetenz habe, der Verwaltung einen Auftrag zu erteilen. Damit sei es selbstverständlich, über den im Arbeitskreis gefundenen Konsens weiter in den Fraktionen zu diskutieren. Nun habe man im Zuge der Haushaltsdiskussion eine Aussage erhalten, wie sich die SPD-Fraktion einen Ausbau der neuen Stadthalle vorstelle. Die zu Beginn dieser Legislaturperiode geführten Gespräche mit möglichen Investoren seien durch die Entscheidung des OLG Düsseldorf über die angeblich bestehende Pflicht zur europaweiten Ausschreibung derartiger Projekte behindert worden. Die durch diese rechtliche Vorgabe geschaffenen Rahmenbedingungen für die Realisierung der Stadthalle erführen im nächsten Jahr voraussichtlich eine Korrektur, was dazu führe, dass man dieses Projekt wieder deutlich nach vorne bringen könne. Er sei überzeugt, dass es zu einem Stadthallenneubau keine Alternative gebe, dass man im nächsten Jahr weiterkommen werde und eine für Usingen erforderliche und angemessene Stadthalle, die im Mittelpunkt des kulturellen Lebens stehe, realisieren werde. Diese Notwendigkeit werde von nahezu allen Fraktionen des Hauses geteilt. Dies sei für die CDU-Fraktion bei einem Projekt, das mit nicht unerheblichen Investitionen verbunden sei und dessen Planung und Gestaltung sich nicht dafür eigne, im politischen Geschäft zerredet zu werden, wichtig. Daher gelte das Interesse seiner Fraktion weiter dem Gespräch mit allen Fraktionen und wie es gelingen könne, bei den veränderten

wirtschaftlichen Bedingungen mit dem erforderlichen Verantwortungsbewusstsein den Neubau der Stadthalle zu realisieren.

Der vorliegende Haushalt weise nicht wenige Unwägbarkeiten auf, gehe in den Augen seiner Fraktion jedoch verantwortlich mit den Schwierigkeiten der Zeit um. Er bitte, trotz der sicherlich bei einzelnen Positionen oder Schwerpunkten bestehenden Differenzen um Zustimmung des Haushaltes, um verantwortungsbewusst gemeinsam an der Zukunft Usingens zu arbeiten. Abschließend bitte er Bürgermeister Drexelius, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung den Dank der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit, nicht nur im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltes, auszusprechen. Er wünsche allen ein friedvolles und segensreiches Weihnachtsfest, ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2010.

Bürgermeister Drexelius erläutert zum Haushaltsvollzugsbericht, dass es bei einer Genehmigung zum 30.06. wenig Sinn mache, über etwas zu berichten, das nicht vollzogen werden könne. Die gewünschten Zahlen habe man unmittelbar in der im Anschluss an die Sommerpause stattfindenden Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Diese hätten deutlich gemacht, dass die Projekte zum großen Teil in Bearbeitung oder umgesetzt seien.

Hinsichtlich der Personalkosten im Bereich Wirtschaftsförderung erfolge hier durch das Projektmanagementsystem eine Zuordnung der einzelnen Arbeiten für die jeweiligen Bereiche, um auch die Kostenstellen entsprechend darstellen zu können. Allerdings seien bei der Eingabe im Bereich der Wirtschaftsförderung die Personalkosten von Frau Bischoff versehentlich mit eingerechnet worden. In Bezug auf einen Ankauf einer Blitzanlage müsse man bedenken, dass in der Miete von 24.500 Euro ein Mitarbeiter des Unternehmens ebenso wie das Fahrzeug der Firma enthalten sei. Bei einem Ankauf einer Blitzanlage mit 83.000 Euro sei es erforderlich, zusätzlich ein Fahrzeug entsprechend auszustatten. Da die Dienstfahrzeuge stark ausgelastet seien, sei möglicherweise dann ein weiteres Fahrzeug erforderlich. Zudem müsse ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes abgezogen werden, der zusätzlich zu der im Fahrzeug befindlichen Zeugin vor Ort sein müsse. Diese Doppelbesetzung sei aus Sicherheitserwägungen notwendig. Dies bedeute ungefähr 100 Arbeitstage, die entweder ausfielen oder anders zu besetzen und damit ebenfalls einzurechnen seien.

Zu den Ausführungen der Stadtverordneten Hahn zur Stadthalle, dass 5 bis 6 Mio. Euro nicht ausreichend seien, sei zu erklären, dass die in den Arbeitskreissitzungen erarbeitete und gewünschte Größenordnung, ca. 3 bis 4 Mio. über diesem Wert gelegen habe. Im November seien drei Planungen mit unterschiedlichen Größen von 13.600 m³, ca. 16.000 m³ und 24.000 m³ vorgelegt worden. Die im Arbeitskreis erarbeitete vierte Größenplanung liege bei 20.000 m³. Die exakt vorliegende Kubaturberechnung, die auch in der angemahnten weiter zu beauftragenden Leistungsphase nicht zu wesentlichen Änderungen führen werde, sage ganz klar, welche Kosten bei welcher Größenordnung auf die Stadt zukämen. Damit werde bei der Diskussion über die Höhe der in den Haushalt einzustellenden Mittel tatsächlich Einfluss auf die Größe der Stadthalle genommen. Sowohl in den Arbeitskreissitzungen wie auch in den Fraktionen, die sicherlich umfassend über die Sitzungen informiert worden seien, habe deutlich gemacht werden können, dass ein Raum mehr oder weniger eine Kubaturänderung mit entsprechender Erhöhung oder Minderung der Baukosten nach sich ziehe. Er halte es nicht für sinnvoll, einen Architekten für 10.000 oder 15.000 Euro mit einer Planung zu beauftragen, die später möglicherweise nicht umgesetzt werde. Daher habe er, auch in seiner Haushaltsrede, die Stadtverordneten gebeten, einen klaren Betrag zu nennen, der für die Stadthalle zur Verfügung stehe.

Zum Stadtladen rede er nicht von digitaler Werbung, sondern von der Schaffung einer Litfasssäule, die Frequenz in die Stadt bringe. Ob dies ausreichend sei oder nicht, könne man diskutieren. Nicht nachvollziehen könne er, dass Stadtverordnete Hahn mit den beantragten Streichungen eine Minderung des Defizits von 50 % erziele. Die Streichung, die den Ergebnishaushalt betreffe, betrage 15.000 Euro für den Stadtladen, wobei Stadtverordnete Hahn die im HFA zusätzlich beschlossenen Mittel von insgesamt 54.000 Euro nicht erwähnt habe. Der Ergebnishaushalt verbessere sich bei Einrechnung der beantragten 3.000 Euro so um 12.000 Euro. Der Rest betreffe den Investitionshaushalt, der keinen Einfluss auf das Defizit des Ergebnishaushaltes nehme, da es sich um zwei unterschiedliche Teile des Haushaltes handele.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius stellt die Anträge sowie den Haushalt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Haushalt zur erneuten Beratung an den HFA zurückzuverweisen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP), 22 Nein-Stimmen (CDU, FWG), 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion, die für den Bau der Stadthalle vorgesehenen Mittel für das Jahr 2010 durch einen Betrag für Planungskosten in Höhe von 1 Mio. Euro zu ersetzen sowie für die Folgejahre 2011 und 2012 jeweils 2,5 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung einzusetzen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (FDP, FWG), 30 Nein-Stimmen (CDU; SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion, die für das Jahr 2010 vorgesehenen Mittel für den Bau der Straße am Neuen Marktplatz zu streichen und für das Jahr 2011 für den Straßenbau am Neuen Marktplatz Planungskosten in Höhe von 250.000 Euro einzusetzen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG), 20 Nein-Stimmen (CDU), 0 Enthaltungen

Auf Nachfrage von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius erklärt Stadtverordnete Hahn, dass sich der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der Mittel für den Straßenneubau Neuer Marktplatz hiermit erledigt habe.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung von 75.000 Euro im Investitionsprogramm für den Abriss und Neubau des Brunnens im Schlossgarten findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG), 20 Nein-Stimmen (CDU), 2 Enthaltungen (FDP)

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung des Zuschusses von 300.000 Euro zur Sanierung des alten Landratsamtes aus dem Investitionsprogramm findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG), 20 Nein-Stimmen (CDU), 2 Enthaltungen (FDP)

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Mittel in Höhe von 15.000 Euro für die Miete eines Stadtladens im Ergebnishaushalt zu streichen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 21 Nein-Stimmen (CDU, FWG), 3 Enthaltungen (FDP, FWG)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, auf Antrag der SPD-Fraktion für den Kindergarten Tabaluga Eschbach 3.000 Euro zur Einrichtung als Musikkindergarten in den Haushalt aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG), 2 Enthaltungen (FDP)

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Teilergebnishaushalt, Produktgruppe Gebäudemangement den Haushaltsansatz für die Ausgabe um 157.563 Euro auf 1.2 Mio. Euro zu verringern, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 22 Nein-Stimmen (CDU, FWG), 2 Enthaltungen (FDP)

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Ansatz des Teilergebnishaushaltes, Produktgruppe 12202, Sicherung öffentl. Verkehr, um 12.500 Euro auf 165.550 Euro anzuheben, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen), 22 Nein-Stimmen (CDU, FWG), 10 Enthaltungen (SPD, FDP)

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Teilergebnishaushalt, Produkt 57101 Wirtschaft/Stadmarketing, Nr. 11, die Mittel um 70.000 Euro auf den Vorjahresansatz von 90.375 Euro zu kürzen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen), 22 Nein-Stimmen (CDU, FWG), 10 Enthaltungen (SPD, FDP)

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Teilergebnishaushalt Produkt 57101 Wirtschaft/Stadmarketing, Nr. 13, die Mittel um 5.221 Euro auf 89.800 Euro zu kürzen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen), 30 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FWG), 2 Enthaltungen (FDP)

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Investitionsprogramm, Produktgruppe 12, Gebäudemanagement, Produkt I09647 Stadthalle, den Ansatz auf 100.000 Euro zu senken, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP), 30 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FWG)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Antrag von Bürgermeister Drexelius, für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kindergartens Wernborn 85.000 Euro einzustellen. Der Betrag ist mit Sperrvermerk zu versehen, der durch den HFA aufzuheben ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Stadtverordneter Certa bittet um Einzelabstimmung zu seinem in der Sitzung des HFA gestellten Antrag, bei der Förderung der Träger der freien Wohlfahrtspflege 500 Euro nicht für Pro Familia, sondern für die Schwangerenkonfliktberatung der Caritas einzustellen.

Beschluss:

Der Antrag, bei der Förderung der Träger der freien Wohlfahrtspflege 500 Euro nicht für Pro Familia, sondern für die Schwangerenkonfliktberatung der Caritas einzustellen, findet nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (CDU, FWG), 28 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen), 3 Enthaltungen (CDU, FDP)

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius stellt die Haushaltssatzung mit allen Bestandteilen in der vom HFA beschlossenen Fassung zur Abstimmung.

Beschluss-Nr. IX/134-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gesamtfinanzhaushalt, den Gesamtergebnishaushalt, den Stellenplan, das Investitionsprogramm sowie die Haushaltssatzung der Stadt Usingen für das Haushaltsjahr 2010 in der vorgelegten Form einschließlich der Änderungsliste der Verwaltung sowie den zuvor beschlossenen Änderungen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das im Haushaltsplan 2010 enthaltene Haushaltssicherungskonzept.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (CDU, FWG), 12 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Usingen mit der vorgelegten Satzung, dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Stellenplan, dem Investitionsprogramm und dem Finanzplan in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Spielapparatesteuersatzung der Stadt Usingen:
Anpassung der Satzung an die neuere Rechtsprechung

Beschluss-Nr. IX/116-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Satzung (Ersetzungsatzung) zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Usingen.

In § 4 (1) werden Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben, mit einem Höchststeuersatz von 1.000 Euro belegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien (EU-DLR):
Anpassung der Marktsatzung sowie der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Usingen

Beschluss-Nr. IX/120-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren und für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Usingen sowie der Marktsatzung der Stadt Usingen in der vorgeschlagenen und aus der Anlage 1 und 2 zu dieser Vorlage ersichtlichen Form.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

B. Punkte ohne Aussprache

9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2009

Beschluss-Nr. IX/131-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treumata GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtwerke Usingen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Neu-Anspach

Abschluss einer Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirks

Beschluss-Nr. IX/130-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit der Stadt Neu-Anspach nachfolgende Vereinbarung abzuschließen:

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirkes

Vorbemerkung

Die Stadt Usingen und die Stadt Neu-Anspach vereinbaren, vorbehaltlich der Anhörung des Kreistages des Hochtaunuskreises und der Zustimmung des Regierungspräsidiums in Darmstadt, einen gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirk gemäß § 82 Abs. 1 S. 2 HSOG zu bilden.

§ 1

Dem gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirk werden folgende Aufgaben übertragen: Die Durchführung nachfolgender Gesetze (Überwachungstätigkeiten, Kontrollgänge, Anfertigung von Schriftsätzen und Verfügungen) soweit nicht anderen Behörden zugeordnet oder die Zuständigkeit des Bürgermeisters als Ordnungsbehördenbezirk gegeben ist:

- Gewerbeordnung
- Gaststättengesetz
- Ladenöffnungsgesetz
- Hess. Freiheitsentziehungsgesetz
- Personenbeförderungsgesetz
- Jugendschutzgesetz
- Versammlungsgesetz
- Wohnungsaufsichtsgesetz
- Bundesjagdgesetz
- Hessisches Jagdgesetz
- Feld- und Forstschutzgesetz
- Bundesimmissionsschutzgesetz und Verordnungen
- Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz
- Bundesfernstraßengesetz
- Hess. Straßengesetz
- Vollzug des Hess. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)
- Ordnungswidrigkeitengesetz
- Überwachung der Abfallsatzung , der Grundstücksnummernsatzung, der Sondernutzungssatzung, der Straßenreinigungssatzung und der Gefahrenabwehrverordnungen.

§ 2

- (1) Die Aufgaben in dem gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirk werden von dem Magistrat der Stadt Neu-Anspach wahrgenommen.
- (2) Sitz des gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirk ist Neu-Anspach.
- (3) Die Aufgaben werden gemeinsam von dem Personal der Stadt Usingen sowie dem Personal der Stadt Neu-Anspach per Gestellungsvertrag wahrgenommen.
- (4) Die Verrechnung der Personalkosten sowie der Sachkosten ist in der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung von Aufgaben der Stadt Usingen durch die Gemeinde Neu-Anspach vom 26.03.2007 geregelt.
- (5) Die Aufsicht über die persönliche Dienstführung des eingesetzten Personals übt der Bürgermeister der Stadt Neu-Anspach aus.

§ 3

- (1) Dem gemeinsamen örtlichen Verwaltungsbehördenbezirk steht ein Beirat zur Seite, der aus den Bürgermeistern der beteiligten Kommunen und den von ihnen beauftragten Bediensteten besteht. Er tritt bei Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, zusammen.
- (2) Der Beirat empfiehlt Grundregeln für die Aufstellung der Einsatzpläne und für Investitionen von mehr als 5.000,00 €
- (3) Der Beirat gibt ferner Empfehlungen über die Anzahl des zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Personals.
- (4) Die Beschlüsse im Beirat werden mit absoluter Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Bürgermeisters der Stadt Neu-Anspach den Ausschlag.

§ 4

- (1) Die Vereinbarung wird unbefristet abgeschlossen.
- (2) Eine Kündigung kann zum Jahresende mit einjähriger Kündigungsfrist erfolgen.
- (3) Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- (4) Liegt ein wichtiger Grund vor, der es einer Vertragspartei unzumutbar macht am Vertrag festzuhalten, besteht jederzeit ein außerordentliches fristloses Kündigungsrecht.
- (5) Der Vertrag kann jederzeit im beiderseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Änderung der Parkregelung der öffentlichen Parkflächen in der Innenstadt Usingen

Beschluss-Nr. IX/121-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für die öffentlichen Parkplätze in der Bahnhofstraße, Wilhelmstraße, Obergasse, Kreuzgasse, Zitnergasse und „Alter Marktplatz“ eine Parkraumbewirtschaftung mittels Parkscheibe. Die Parkhöchstdauer soll eine Stunde betragen. Die Stadtverordnetenversammlung möchte mit der Bereitstellung gebührenfreier Parkplätze die Attraktivität Usingens als Einkaufsstadt weiter festigen und hervorheben.

Zur Vermeidung von Dauerparkern sollen regelmäßige Kontrollen durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen, FWG)

12. Hessisches Dorferneuerungsprogramm

Antrag zur Aufnahme des Stadtteils Merzhausen in das Hessische Dorferneuerungsprogramm

Beschluss-Nr. IX/125-2009

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Antrag (Anlage A) zur Aufnahme des Stadtteils Merzhausen in das Hessische Dorferneuerungsprogramm nach den Richtlinien zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Hessen vom 1.4.2008 (Anlage B) zuzustimmen.
2. Es werden zunächst nur 20.000 € zum Einstieg in die Infrastruktur- und Gebäudeanalyse des Dorferneuerungsprogrammes bereit gestellt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, während der Laufzeit des Dorferneuerungsprogramms im Stadtteil Merzhausen, über die im Regionalen Flächennutzungsplan bereits enthaltenen Flächenausweisungen hinaus, keine weiteren Baugebiete auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

13. Ankauf von Gartenlandgrundstücken in der Gemarkung Usingen, Flur 10, Flurstück 492-496

Beschluss-Nr. IX/137-2009

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Ankauf der folgenden Flurstücke aus dem Eigentum der Evangelischen Kirchengemeinde Usingen:

Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe in m ²	Preis/m ² in € nach Schätzung Ortsgericht	Preis gesamt in €
Usingen	10	492 - 496	1336	24,00	32.064,00

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Abschließend nimmt Stadtverordnetenvorsteher Dr. Drexelius den bevorstehenden Abschied von Bürgermeister Drexelius zum Anlass, auf die mit dem Bürgermeisteramt einhergehende notwendige Einsatzbereitschaft, zeitliche Belastung sowie mögliche Anfeindungen einzugehen. Auch der Spagat zwischen Bürgerwünschen, Politikerwillen und den tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel sei unumgänglich. Es sei enorm, mit welch kleinen Mitteln in Usingen welche Arbeit geleistet werde. Bürgermeister Drexelius habe sich in seiner Amtszeit mit viel Engagement für die Stadt eingesetzt.

Hierfür danke er ihm im Namen der Stadtverordnetenversammlung. Eine offizielle Verabschiedung sei im Rahmen des Neujahrsempfangs am 17. Januar 2010 geplant.
Den Anwesenden danke er für ihre Mitarbeit und wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen guten Start in das neue Jahr.

Usingen, den 06.01.2010

Dr. Günter Drexelius
Stadtverordnetenvorsteher

Andrea Sierra Eifert
Schriftführerin

Dr. Christoph Holzbach
CDU-Fraktion

Claudia Bertz
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion

Jürgen Konieczny
FWG-Fraktion